

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Mk., incl. Postgebühren 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inkruste 50 Pf. Zeitungs 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Zeit nach höherem Tarif. Verlangen unter dem Redaktionsbrief die Spalte 40 Pf. Inkruste sind stets an d. Expedition zu senden. — Abat wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postweisung.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisdorfer 33.
Druckereien der Redaction:
Bormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Kannahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf.-Ausgabe: Otto Reum, Universitätsstr. 22, Louis Köhler, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

№ 38.

Donnerstag den 7. Februar 1878.

72. Jahrgang.

Holz-Auction.

Wittwoch, den 13. Februar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Holzschlage am Rödelwehre, Abtheil. 33, 35 und 36 ca. 40 Raummeter eichene Brennholzteile, 100 Haufen **Abraum** und 12 Haufen **Schlagreißig** (Banghaufen) unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am Rödelwehre unweit des Schleußiger Weges. Leipzig, am 30. Januar 1878. **Des Reichs Forstdeputation.**

Holz-Auction.

Freitag den 15. Februar a. e. sollen im hiesigen **Wojentzale** von Vormittags 9 Uhr an 49 **Abraumhaufen** und 117 **Banghaufen** unter den an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem Zuschlage an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr am Rosenthalbore. Leipzig, am 4. Februar 1878. **Des Reichs Forstdeputation.**

Realschule II. Ordnung

(an der Parthe).
Die **Ummeldung neuer Schüler** für Ostern d. J. erbitte ich mir **Wittwoch** den 6. und **Donnerstag** den 7. Februar Vormittags von 8—12 Uhr. Das letzte Schulzeugniß, Tauf- oder Geburtschein und Impfchein sind vorzulegen.
Die **Aufnahmeprüfung** findet **Wittwoch** den 20. Februar früh 8 Uhr statt. Papier und Feder sind mitzubringen.

Leipzig, 6. Februar.

Inter arma silent leges! Mitten im Lärm der Waffen schweigen die Gesetze, ruht die Arbeit der Völker, die nur in den legendreichen Schranken der Ordnung gedeihen kann. Der gestrenge Herr Mars duldet keine Beschäftigungen, die nicht in den Dienst seines verheerenden Regiments treten, und die Menschen richten sich danach ein. Wenigstens sollte er aber seinerzeit eine ähnliche Rücksicht üben, wenn seine Sendung sich erfüllt, seine Herrschaft sich zu Ende neigt; er sollte in den Hintergrund treten, wenn der helle Ton der Friedensglocke durch die Lande zieht. Leider liegt solche Rücksicht nicht in seiner herrischen Natur, und so schnell der Friede vor dem plötzlich heranstürmenden Kriege entflieht, so schwer wird es dem Kriege, dem zögernd eintretenden Frieden das Feld zu räumen. Wir sehen das jetzt wieder, wo die Mächte sich zur **Conférence** rüsten. Bon dieser wünschen wir endlich, daß sie zum Friedensfeste Europas werde, daß sie auf lange hinaus das Schreckgespenst der orientalischen Frage banne, daß sie eine neue glücklichere Aera verkünde den aus tausend Wunden blutenden Völkern des Ostens und den in Mitleidenschaft gezogenen Nachbarn und Zuschauer. Mitten in die Einladungen zur **Conférence** läßt aber noch immer ein wilder Waffenlärm hinein. England rüstet; die dortige Regierung besteht auf ihrer Creditforderung, um gehörig gesteuert, gesteuert und gepörrt in die **Conférence** reiten zu können. Da bleibt denn auch Rußland nicht zurück, das gleichfalls seinen Forderungen auf der **Conférence** nachdrucken geben will, und so droht der rumänische Boden von dem kirrenden Fußtritt der frisch nachgeschobenen Truppen wider. Oesterreich hält sich noch vorsichtig zurück; doch rüstet es seine Schiffe aus und stellt sie zum Auszug nach der Levante bereit, wie Italien die seinen. Griechische Truppen überschreiten die türkische Grenze und besetzen Thessalien; die Türkei antwortet mit der Absendung ihrer Panzerschiffe nach dem Piräus. Und zu den diplomatischen Schwierigkeiten, die zwischen Rußland einerseits und Oesterreich und England andererseits bestehen, tritt jetzt noch eine neue hinzu, die sich zwischen den seitherigen Bundesgenossen Rußland und Rumänien entwickelt. Dieses soll jenes Stück von Bessarabien, das Rußland nach dem Pariser Frieden von 1856 an Rumänien verlor, jetzt wieder herausgeben und als Ersatz dafür die Dobrudscha erhalten. Es legt aber auf den Besitz des bessarabischen Landstriches mit Recht großen Gewicht und hat um so weniger Lust, auf das von Rußland angebotene Tauschgeschäft einzugehen, als Oesterreich einem Hinübergreifen Rumäniens über die Donau abgeneigt ist, sodas also letzteres Bessarabien verlieren könnte, ohne die Dobrudscha dafür einzutauschen. Oesterreich wird Rumänien in seiner Weigerung unterstützen; es hat bereits zu verstehen gegeben, daß es durch die Ueberlassung jenes Grenzgebietes an Rußland die freie Fahrt auf der Donau und damit eines der härtesten wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs für gefährdet halten würde. Diesen Interessen trotz der Widerwerbung von Bessarabien Rechnung zu tragen, ist zwar die russische Diplomatie bemüht. Nach einem heute eingetroffenen Telegramm hat General Ignatieff Rumänien die Dobrudscha bis Kistenbcha bei Belassung der Silia- und Donaumündungen im rumänischen Staatsverbande als Entschädigung für das an Rußland zu überlassende Stück von Bessarabien angeboten. Ob es aber Rußland gelingen wird, das Mißtrauen Oesterreichs durch eine solche Fassung zu besiegen, steht dahin; jedenfalls wird sich Rumänien, das sich schlecht belohnt sieht, nur mit schwerem Herzen dazu herbeilassen und sich fortan

vielleicht mehr an Oesterreich als an Rußland anlehnen. Wenn dies der Erfolg der russisch-rumänischen Verwicklung sein würde, so könnten wir freilich mit einer solchen Wendung nur zufrieden sein; denn so sehr wir die Befestigung der türkischen Mißherrschaft in Europa wünschen, so sehr muß uns doch Alles willkommen sein, was zur Einschränkung des russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel beitragen kann. Die rumänische Frage wird sicher eine Rolle auf der **Conférence** spielen, deren Aufgaben ohnehin schwierig genug sind. Noch immer weiß man nicht, was Rußland sich bezüglich der Dardanellen mit England, wie es sich bezüglich Bosniens mit Oesterreich abzufinden gedenkt, was an Bulgarien werden soll. Eine offizielle Correspondenz des Brüsseler „Nord“ erwähnt wieder unter den Grundfragen für die Präliminarien einen Fürsten von Bulgarien aus einem der nicht regierenden Häuser Europas, der an der Spitze eines zu bildenden bulgarischen Tributärstaates stehen soll. Der den Fürsten ernennen soll, wird nicht hinzugesetzt. Die Bildung eines bulgarischen Fürstenthums, das möglichst unabhängig zu stellen wäre von der Türkei wie von Rußland, ist ein Problem, das den Gelehrten der **Conférence** viel Kopfzerbrechen machen wird. Es wird aber auf die eine oder die andere Art gelöst werden müssen, da eine Rückkehr zum früheren Zustande undenkbar ist. Bei der großen Zahl von ernstlichen Anträgen, unter denen die **Conférence** in Sicht tritt, ist wenigstens das Eine beruhigend, daß sie überhaupt zu Stande kommt. Wie heute berichtet wird, haben auf die Einladung Oesterreichs nicht nur Deutschland und Rußland, sondern auch Italien, Frankreich und England bereits zusage geantwortet. Auch die Porte hat ein **Billet-doux** zum Stellchicken in Wien erhalten. Sie wird diesmal, Dank den russischen Siegen, die wichtigsten Schwierigkeiten machen und sich sehr scheiden in die Erde drücken. Es ist daher gleichgültig, ob sie kommt oder nicht — man wird unter allen Umständen mehr über sie, als mit ihr verhandeln.

Was haben wir von der Fortschrittspartei für die zu bildende reichstreuere Parlamentsmehrheit und für die Unterstützung der geplanten Reichsorganisation zu erwarten? Auf diese Frage hat die Rede Antwort gegeben, die von einem fortschrittlichen Führer aus einem in Berlin stattgehabten Feste der Partei gehalten worden ist. Der Abg. Birchow hat die Gelegenheit wahrgenommen, die Stellung seiner Partei gegenüber der Reichsorganisationsfrage rund und nett zu kennzeichnen. Nach dem Berichte der „Post. Ztg.“ sagte er: „Was uns Alle gleich nahe berührt, ist die Frage der Organisation des Reiches, welche die preussische Organisation in Mitleidenschaft ziehen muß. Das ist die Seite, wo wir Fühlung mit dem Hrn. v. Bismarck durchaus nicht gewinnen können, wo das Vertrauen nicht eher kommen kann, als bis wir wirkliche That-sachen haben. Herr v. Bismarck ist kein Organisator. Er hat kein Bedürfnis, bleibende That-sachen zu schaffen. Das ist ein positiver Fehler des Staatsmannes, der Alles auf sich und seine Person stellt und keine Garantie für die bleibende Entwicklung unseres Volkes schafft. Deutschland muß, mit einem Worte, eine Organisation haben, vermöge deren es leben kann ohne Herrn v. Bismarck! Könnte der Letztere diese Organisation schaffen, nun gut, so würden auch wir ihm folgen. Aber es ist eine Aufgabe, die über die nun einmal selbstherrlich angelegte Natur dieses Mannes geht. Es ist ganz unmöglich, daß er ein selbstständiges Ministerium neben sich dulde. Was er will, ist keine Organisation, sondern das Gegenteil davon. Und dazu können wir die Hand nicht bieten. Daher haben wir nur die

Wahl, uns zu fügen oder Opposition zu machen. Die Zeit, im Wesentlichen „Ja“ sagen zu können, ist für uns noch nicht gekommen, jetzt sind wir in den Hauptfragen noch die Partei des „Nein!“ — So Herr Birchow. Der klare Sinn seiner Aeußerung ist also: die Fortschrittspartei lehnt es ab, sich an einer unter der Regide des Fürsten Bismarck vorzunehmenden Organisation der Centralverwaltung des Reiches zu beteiligen. Im Grunde Dasselbe hat Herr Richter zu Anfang Januar in Dresden, Herr Parisius schon vorher in seinem Buche über die Parteien in Deutschland verkündigt. Es ist das ewig wiederkehrende ceterum censeo der Berliner Fortschrittspartei: erst muß Bismarck befeitigt sein, bevor eine erspriessliche Ordnung unserer politischen Zustände überhaupt möglich sein soll. Der Gegensatz zu der Grundlage, welche in der Stellvertretungsvorlage für die Verabschiedung des geplanten neuen Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament unter den obwaltenden Umständen, wenn nicht gleich als entschiedene Widerfächer, so wenigstens als lediglich kritische Zusätze gegenüber zu stellen gedenken. — Die Rundgebung der Berliner Fortschrittspartei ist, wie jedeklärung zweifelhafter Lage, unter allen Umständen dankenswerth. Man weiß fortan, daß für die Bildung der festen parlamentarischen Mehrheit auf die fortschrittliche Fraction als auf einen zuverlässigen Factor nicht zu rechnen ist. Eine andere Frage aber scheint es doch, ob die fortschrittlichen Wähler im Lande überall mit der von Herrn Birchow vorgezeichneten Stellung zufrieden sein werden. Die Redner des Berliner Bundestages schritten gar hoch und zuversichtlich einher. Daß die Fortschrittspartei allein „dem Volke unabhängige, freie Charaktere bewahrt hat“, daß sie die „Partei der Selbstständigkeit, der Unabhängigkeit, der persönlichen Würde“ ist — solche und ähnliche Redensarten mag man einfach auf das Conto des fortschrittlichen Carialismus setzen. Aber, wenn Herr Richter erklärt, sich „in Uebereinstimmung zu befinden“ mit Dem, was das strebame intelligente Bürgerthum in Deutschland denkt und fühlt, wenn er die Fortschrittspartei gewissermaßen als die alleinige Vertreterin des deutschen Bürgerthums hinstellt, so ist es doch nöthig, den allzu süßen Drator auf einen handgreiflichen Protest gegen seine Behauptung aufmerksam zu machen. Dieser Protest ist das Vorhandensein der nationalliberalen Partei. Mehr als je ist es geboten, daß alle die Elemente unseres Volkes, welche wir unter dem „deutschen Bürgerthum“ begreifen, fest zusammenstehen in diesem entscheidungsvollen Augenblicke. Die Frage tritt an sie heran, welcher von beiden Richtungen sie sich anschließen wollen, der von einer radicalen Minderheit verkündigten Politik der Verneinung, oder der von der nationalliberalen Partei vertretenen Politik des positiven Schaffens in der Bahn einer maßvoll fortschreitenden freimüthigen Entwicklung. Es ist nicht zweifelhaft, für welche Seite das deutsche Bürgerthum sich entscheiden wird.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 6. Februar.
Dem heute eröffneten Reichstage wird Präsident v. Forckenbeck mittheilen können, daß bereits mehrere Bundesraths-Vorlagen eingegangen sind. Sämmtliche zum Haushaltsetat gebörende Special-etats sind zwar vom Bundesrath genehmigt, aber die Vorlegung verzögert sich wohl bis zum Sonnabend, weil bis dahin mit der Fertigstellung einzelner Entwürfe die Druckerei beschäftigt ist. In der ersten Sitzung des Reichstages kann nur die Verlesung der eingetragenen Mitglieder und damit die Verlesung in die Abtheilungen vor sich gehen; die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer erfolgt vermuthlich am Freitag. Vor Wittwoch nächster Woche wird die Etatsberatung nicht beginnen können, schon weil den Abgeordneten Zeit gelassen werden muß, sich für die Generaldebatte vorzubereiten, bei welcher gleichzeitig die Tabaksteuer-Vorlage Berücksichtigung finden dürfte. Damit ist angezeigt, daß der Reichstag sofort in sehr wichtige und erregte Debatten eintreten wird. Die Fortschrittspartei will ferner ihre Interpellation über die Orientpolitik des Reiches auch schon in nächster Woche einbringen, und endlich steht zu erwarten, daß in längstens acht Tagen der Bundesrath über den Entwurf, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, sich schlüssig gemacht haben wird.
Unter den Vorlagen, welche dem Reichstage zu gehen werden, befindet sich der seitens des Bundesraths schon vor einiger Zeit festgestellte Entwurf einer Reichsanwaltschaftsordnung für das deutsche Reich. Dem Gesetzentwurf ist seitens des Reich-

justizamts ein sehr umfassendes Material beigegeben, namentlich eine vollständige Darstellung der Rechtsverhältnisse der Rechtsanwältinnen in den einzelnen deutschen Bundesstaaten.
Württemberg hat im Bundesrathe die Einsetzung einer Commission beantragt, zur Berathung der Frage, ob das Tabakmonopol einzuführen sei. Der Antrag ist den Ausschüssen überwiesen worden, welche weitere Vorschläge machen sollen.
Das kaiserliche Statistische Amt in Berlin hat soeben die Zahlen der Geburten, Eheschließungen und Todesfälle im Jahre 1876 für das deutsche Reich mit Rückblicken auf die Bevölkerungsbewegung der früheren Jahre seit 1872 veröffentlicht. Die Summe der Eheschließungen betrug 366,912, der Geborenen 1,531,218, der Gestorbenen 1,207,144, des Geburtenüberschusses demnach 624,074. Im Verhältniß zur Bevölkerung (diejenige der Volkszählung von 1875 zu Grunde gelegt) kamen im Jahre 1876 auf 1000 Einwohner: 5.59 Eheschließungen, 42.86 Geborene, 28.25 Gestorbene, 14.61 mehr Geborene als Gestorbene. Gegen die Vorjahre seit 1872 zeigt sich eine Abnahme der Eheschließungen, die im Jahre 1872 die Zahl von 423,900 erreicht hatten und seitdem beständig sich vermindert haben. Selbst Berlin, wo sich bisher in allen Jahren eine Zunahme gezeigt hatte, macht dieses Mal keine Ausnahme. Es wurden hier im Jahre 1876 nur 12,093 Ehen geschlossen, im Vorjahre (1875) noch 14,528 Ehen, so daß die Zahl um 2435 gefallen ist. Trotz der Abnahme der Ehen hat die Fruchtbarkeit der Bevölkerung sich gesteigert; denn es kamen 42.86 Geborene auf 1000 Einwohner, während in der vierjährigen Periode vorher die Verhältnißzahl nur 41.40 war. Da zudem das Verhältniß der Todesfälle ein günstigeres war als in den Vorjahren, so blieb der Geburtenüberschuss ein sehr bedeutender, und die Bevölkerung weist also ein noch rascheres Wachsthum als in den vorbergehenden Jahren auf. Diese starke Vermehrung des deutschen Volkes macht nicht nur die Franzosen wegen der Zunahme unserer Wehrfähigkeit bedenklich, sondern scheint auch bei uns ängstliche Patrioten zu beunruhigen. In der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ wurden neulich „unliebsame Zeitbetrachtungen“ angeführt, welche uns die Bevölkerungstheorie des Malthus ins Gedächtnis rufen sollten und die Schuld der gegenwärtigen schlechten Zeiten auf die Bevölkerungszunahme hoben, die im Verhältniß zum Wachsthum des Capitals zu groß sei. Dagegen bemerkt aber mit Recht die „Post“: Daß die Bevölkerung sich der Zeitlage anpaßt und in ihrer Vermehrungs-Tendenz nicht leichtsinnig vorgeht, durch die Vermehrung der Geburten, die keineswegs herbeigeführt ist, hat aber noch stets, und mit Recht, als ein Zeichen von Kraft gegolten, die auch mit den wirtschaftlichen Fähigkeiten zusammenhängt. Von einer Zunahme der Sterblichkeit, die allerdings ein ungünstiges Zeichen sein würde, ist sie nicht begleitet. Die Zunahme an Menschenkraft ist aber doch schließlich die Vorbereitung der Zunahme der Capitalkraft, die trotz der „arbeitssparenden“ Maschinen immer auf der schaffenden Arbeit beruht. Von einer „Ueberbevölkerung“ im Sinne eines Malthus kann nicht die Rede sein; denn Niemand wird glauben, daß bei der heutigen Ausbildung der Verkehrsmittel die Erde etwa nicht im Stande sei, genügende Nahrungsmittel für die deutsche Bevölkerung zu liefern; oder daß überhaupt die Frage so gestellt werden könne: wie groß eine Bevölkerung „naturgemäß“ sein dürfe. Zwischen Natur und Menschen treten heute Wirtschaftskräfte und Wirtschaftsleben mit ihren Bedingungen der Production und Theilung. Dies sind aber Dinge, welche der menschlichen Einwirkung unterliegen; und wenn wir durch zweckmäßige Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens im Innern, durch Handel und Colonisation nach Außen unsere Produktionsgrundlagen verbreitern, so können wir das rasche Wachsthum unserer Bevölkerung ohne jede Beunruhigung leben, ja sogar nur mit Freuden begrüßen.
In preussischen Abgeordnetenkreisen wurde am Dienstag mitgetheilt, daß das Ministerium in Bezug auf die Frage der Vertagung oder des Schlußes des Landtags in der letzten Sitzung einen Beschluß noch nicht gefaßt habe. Die Abgeordneten werden also vorläufig bestimmte Dispositionen in Betreff ihrer Abreise nicht treffen können. — Das Abgeordnetenhaus hatte sich in der Dienstadtung zunächst mit der dritten Lesung des Gesetzentwurfs betrefend der Befugnisse der staatlichen Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung zu beschäftigen. Der Abg. v. Schorlemmer-Kitt sorgte dafür, daß die an sich so einfache und selbstverständliche Vorlage auch diesmal nicht ohne den begleitenden Culturkampf-Lärm durch das Haus ging. Mit mehr als gewöhnlicher Bereitwilligkeit constatirte der ultramontane Redner, daß der Gesetzentwurf lediglich beweise, wie es mit der

m. Coop. p. 1/178

kl. 97ba

p. 1/178
p. 1/477
p. 1/178

m. Coop. a. 1/7a

p. 1/78
Coop. a. 1/78

m. LD

m. LD